

Pulsnitzer Tageblatt

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Ersteinst an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Besondereinrichtungen, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pfl.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pfl., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pfl.; amtlich 1 mm 30 Pfl. und 24 Pfl.; Reklame 25 Pfl. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/2 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Druck und Verlag von E. F. Förster's Erben (Inh. J. W. Mohr)

Nummer 271

Dienstag, den 20 November 1928

80. Jahrgang

Amthlicher Teil.

Montag, den 26. November 1928

öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses

in der Sitzungssaale der Amtshauptmannschaft Ramenz. — Die Tagesordnung hängt im Dienstgebäude der Amtshauptmannschaft und in den Gemeinden mit über 1000 Einwohnern aus.

Amtshauptmannschaft Ramenz, am 20. November 1928.

haben im Anzeigen Pulsnitzer Tageblatt großen Erfolg!

Bußtag

Seitdem der Herr am Kreuzesstamme Die Welt erlöst in Qual und Not, Hat niemals seiner Lehre Flamme Gang rein in seiner Schar gelobt. Es geht das Selbst sich überwinden Zu schwer dem Menschengeiste an, Als daß der Bußtag nicht der Sünden Und Schuld und Fesle finden kann.

Und dünkt sich noch unendlich weise Und brüht sich mit Hohn und Spott, Daß es aus seinem Lebenskreise Gestrichen seinen Herrn und Gott. Und hält sich noch für fortgeschritten, Weil's aus der Brust die Liebe rih, Und merkt nicht, wie's hinabgeglitten In Sumpf und Schuld und Finsternis!

Doch niemals hat so sanftes Mahnen Erfüllt der Bußtagsgloden Klang, Wie wenn auf herzlich's füllen Bahnen Heut dumpf erklingt ihr dunkler Sang. Einst war's die Einzelmenschenseele, Die sich aus Dunkel rang zum Licht — Heut trägt die Last von Schuld und Fesle Ein ganzes Volk und — fühlt es nicht!

Daß des Bußtags erstes Mahnen In aller Menschen Herzen dräng' Und alle mit dem jähen Ahnen Des tiefen Falls zu Boden zwäng'! Und daß in jäh entflammten Bränden Ein heilig Feuer sie durchloht, Damit sie schauernd heut erkennen Der ganzen Menschheit Seelennot!

Das Wichtigste

Wie erst jetzt bekannt wird, geriet am Sonntag nachmittag auf dem Züricher See ein Frachtschiff in einen schweren Sturm und ging unter. Während sich der Schiffsführer retten konnte, sind sechs Personen ertrunken. Die Leichen konnten bis jetzt noch nicht geborgen werden. Das Memorandum der britischen Regierung in der Reparationsfrage als Antwort auf die deutsche Denkschrift vom 30. Oktober ist am Montag dem deutschen Vorkämpfer in London überreicht worden. Ministerpräsident Baldwin kündigte am Montag im Unterhaus an, daß die Regierung dem Hause in Kürze eine Vorlage unterbreiten werde, nach welcher der britischen Ausfuhrindustrie für weitere zwei Jahre Kredite zur Verfügung gestellt werden sollen. Die Uebererschweimmungen in den Staaten Missouri und Kansas haben nach Meldungen aus New York der Landwirtschaft großen Schaden zugefügt. Bisher wurden 10 Todesopfer der Hochflut gezählt. Tausende von Flüchtlingen ziehen nach den höher gelegenen Gebieten. Die ziemlich große Zahl der erkrankten Persönlichkeiten des englischen öffentlichen Lebens ist noch nicht zum Stillstand gekommen. Nunmehr ist auch Lloyd George durch eine Erkältung an das Bett gefesselt und mußte alle Verpflichtungen ablagen.

Vertliche und sächsische Angelegenheiten

Einkehr am Bußtag

isd. Das Tempo unserer Zeit ist nicht auf Besinnlichkeit eingestellt. Kaum, daß sich der moderne Mensch noch des Notwendigsten erinnert, was zur Erhaltung des Körpers dient. Selbst der Abend und die Nacht lassen ihn selten zu sich selbst kommen. Eine unsinnige Eier heßt ihn von Verdienst zu Verdienst und läßt ihn, immer heißhungrig, das Vergnügen mit Augen und Ohren verschlingen. Und trotzdem bleibt bei allem ein schaler Geschmack zurück, ein Unbefriedigtsein, das Gefühl innerer Leere. Er vermeint Spieler zu sein und ist nur Spielball in den verschiedensten Händen. Er hat vielleicht Reichthümer geschaffelt, aber er ist dabei tiefer und tiefer in seelische Armut geraten. Ein Schatten seiner selbst schleicht er, enttäuscht und ohne Ziel, durch den Rest seiner Tage. Rechtzeitig Einkehr halten! will uns der Bußtag gemahnen. Nicht als Mucker verstaubten Idealen nachhängen, sondern mit klaren Augen in der tatsächlichen Welt stehen, wie sie täglich neu wird und fortschreitet. Aber auch von Zeit zu Zeit den Bremshebel treten, eine Ruhepause einlegen. Alles Materielle und Seelenlose bewußt und restlos ausschalten und dann eine kurze Spanne in sich hineinhorchen. Die Dinge bei natürlichem Licht betrachten und nicht bei künstlichem, das sie uns angenehmer erscheinen läßt. Man braucht kein unmenschlicher Richter seiner selbst zu sein, aber auch kein alles entschuldigender Verteidiger.

Stresemann über die Fragen der Außenpolitik

Die Berliner Presse zur außenpolitischen Debatte — Verhandlungen im Eijentkonflikt — Der bayrische Ministerpräsident Dr. Held über den großdeutschen Gedanken

Wieder genesen.

Zum erstenmal nach der langwierigen und schweren Krankheit sprach Reichsaussenminister Dr. Stresemann am Montagnachmittag wieder vor dem Reichstag. Damit zeigt der Außenminister seine Rückkehr in das politische Leben an und, wie es seine Rede bewies, die Rückkehr an den Arbeitstisch. Wir begrüßen den Reichsaussenminister um so mehr, als er uns in so manchen Fragen der auswärtigen Politik, die an uns in den vergangenen Monaten herantraten, gefehlt hat. Wir kennen den Arbeitseifer Dr. Stresemanns und haben, da wir nun wissen, daß er wieder ganz genesen ist, die Gewäße, daß er mit der ganzen ihm eigenen Energie an die auswärtigen Fragen herangehen wird, die einer schnellen Lösung bedürfen. Mögen wir zu der Politik Dr. Stresemanns stehen, wie wir wollen, mit seinem Arbeitseifer und dem Willen zum Mitwirken am Wiederaufbau unseres Vaterlandes kann er uns allen ein Vorbild sein. Wir wollen hoffen, daß der Außenminister sich so weit erholt hat, daß er genügend Kraft für die schweren Aufgaben seines Ressorts gesammelt hat.

Durch die Rede Dr. Stresemanns sind unsere Blicke von der Innenpolitik, die uns in letzter Zeit vornehmlich beschäftigt, wieder auf die Außenpolitik gerichtet worden. Dr. Stresemann nimmt die bisher gesponnenen Fäden in der Reparationsfrage auf, und damit werden die schleppenden Vorverhandlungen hoffentlich beschleunigt werden.

Stresemann über die Fragen der Außenpolitik.

17. Reichstagsitzung vom Montag, 19. November. Der Beginn der außenpolitischen Aussprache des Reichstages am Montag stand äußerlich im Zeichen des sogenannten „großen Tages“. Zwar war ein Teil der Abgeordneten zu Hause geblieben, da der Reichstag wegen des Bußtags auf fünf Tage seine Plenarsitzungen aussetzt, die Erläuterungen waren voll, in der Diplomatenloge waren Vertreter vieler Mächte erschienen.

Bevor Präsident Löbe aber dem Reichsaussenminister das Wort erteilte, kam eine Mitteilung der Nationalsozialisten, sie hätten bei der Abstimmung zur Ausschuß-Entscheidung im Eijentkamp nicht mit den Kommunisten, sondern für die Ausschüßanträge gestimmt.

Dann erhielt der Außenminister das Wort. Dr. Stresemann verlas eine Erklärung, die vom Kabinett vorher gebilligt war. Diese Erklärung gab einen Rückblick über den Stand der Reparationsfrage und einen Ausblick auf die kommenden Verhandlungen der Sachverständigenkonferenz. Dr. Stresemann ging von der letzten Tagung des Völkerbundes aus und erklärte, daß er nicht nur persönlich, sondern auch amtlich im vollen Umfange die Verantwortung für die damals vom Reichskanzler getroffenen Vereinbarungen übernehme. Drei große Fragen ständen zur Erörterung: Räumung, Abrüstung und die Reparationsfrage. Nach einem Rückblick auf Genf wiederholte der Außenminister die Feststellung, daß Deutschland rechtlichen und moralischen Anspruch auf baldige Räumung

der besetzten Gebiete habe. Die praktischen Ergebnisse der letzten Genfer Verhandlungen seien nicht voll befriedigend. Der deutsche Rechtsanspruch in der Räumungsfrage sei nicht völlig durchgebrungen. Deutschland fordere die Räumung der besetzten Gebiete, und zwar ohne dafür irgendwelche neuen Lasten zu übernehmen. Wenn jetzt Besprechungen über die Räumungsfrage und über die Reparationsfrage auf Grund der Genfer Verhandlungen begännen, so handle es sich dabei um vollkommen getrennte Probleme.

Dr. Stresemann nahm dann Stellung zu der an seiner Politik geübten Kritik. Man habe von einem Rückschlag der Locarnopolitik gesprochen. Das treffe in der

Form, wie man es öffentlich geäußert habe, nicht zu. Die Politik, die seit 1925 begonnen sei, könne fortgesetzt werden auf der Grundlage der Verständigung und Gleichberechtigung. Eingehend beschäftigte sich Dr. Stresemann mit den letzten englischen Ministerreden.

Man habe seinerzeit darauf hingewiesen, daß die angeblichen Vereinbarungen zwischen England und Frankreich nicht nur der Abrüstungsfrage sehr hinderlich seien, insofern, als die Vereinbarungen zwischen Großmächten über bestimmte Einzelheiten der Rüstung natürlich den Verhandlungen in Genf sehr hätten schaden müssen. Man habe aber auch darüber hinaus erklärt, daß das englisch-französische Flottenkompromiß mit engen Beziehungen zwischen England und Frankreich dem Grundcharakter der Locarnopolitik schaden würde. Nach den letzten Erklärungen der englischen Minister sei das Flottenkompromiß wohl als erledigt anzusehen. Von den letzten Reden in London habe man in Deutschland mit Befriedigung Kenntnis genommen. Die Befürchtung, die man an die englisch-französischen Sonderverhandlungen geknüpft habe, seien nicht mehr in dem alten Umfange gerechtfertigt. Im Vordergrund

die Reparationsfrage.

Es sei anzunehmen, daß in absehbarer Zeit die Sachverständigenkonferenz einberufen werden könne. Die Hauptsache bleibe aber, daß diese Sachverständigen frei und ohne vorherige politische Belastung zusammentreten, denn nur so sei eine Revision des Dawesgutachtens zu erreichen. Das Dawesgutachten sei immer als eine provisorische Regelung der Reparationsfrage anzusehen. Es sei dringend notwendig, daß das Dawesgutachten nachgeprüft und eine endgültige Regelung geschaffen werde. Dabei müßten aber die wirtschaftlichen Bedürfnisse Deutschlands beachtet werden. Jede Revision des Dawesgutachtens müsse der wirklichen wirtschaftlichen Lage Deutschlands gerecht werden.

Graf Westarp spricht für die Opposition.

Schonungslos bekämpfte der Redner der nationalen Oppositionspartei, der Führer der Deutschnationalen Graf Westarp, die bisherige Locarnopolitik. Diese Episode sei wohl abgeschlossen. Er nahm Notiz von der Erklärung, daß ein formelles Abkommen über Land- und Seerüstungen zwischen England und Frankreich nicht mehr bestehe, aber sei England nach den Äußerungen des Ministers Cushendun nicht weiter verpflichtet, den französischen Standpunkt bezüglich der ausgebildeten Reserven sich zu eigen zu machen?

Frankreich bedroht Deutschlands Sicherheit.

Es steigert seine Rüstungen ins Ungemessene. Es errichtet an der deutschen Grenze mit einem Milliardenaufwand unter Verwendung der deutschen Reparationszahlungen einen gewaltigen Festungsgürtel. Es bleibt mit seinen Truppen am Rhein. Es veranstaltet mit England zusammen auf deutschem Boden Manöver von ungeheurer Ausmaße und verlangt, daß die Kontrolle über die Entmilitarisierung verewigt werde. In diesen Bestrebungen wird es von England ohne jede sachliche Einschränkung unterstützt. Es ist wirklich eine starke Zumutung an deutsche Vertrauensseligkeit und Geduld, wenn man erwartet, daß Deutschland trotz alledem zu den in Locarno festgesetzten Garantien des Friedens und der Westgrenze ein starkes Vertrauen haben solle.

Mit der scharfen Kritik gegen den deutschen Reichskanzler habe Briand in einer von jeder Phrase entblößten Nacktheit auch den unbelehrbarsten Pazifisten die Augen darüber geöffnet, daß

vom Völkerbund hinsichtlich der Abrüstung nichts zu erwarten

sei. Mit derselben Offenheit habe Briand höhnisch den deutschen Räumungsanspruch abgelehnt. „Die Tatsache, daß die ausländischen Staatsmänner endgültig Schluß mit der Locarnopolitik gemacht haben, wird jetzt auch von denjenigen Parteien anerkannt, die Träger der Locarnopolitik waren.“